

EINIGKEIT UND RECHT UND FREIHEIT?

25 Jahre Wiedervereinigung – eine Bilanz

Herausgegeben von
Reinhard Müller



Einigkeit und Recht und Freiheit?

25 Jahre Wiedervereinigung – eine Bilanz

F.A.Z.-eBook 42

Frankfurter Allgemeine Archiv

Herausgeber: Dr. Reinhard Müller

Redaktion und Gestaltung: Hans Peter Trötscher

Projektleitung: Franz-Josef Gasterich

eBook-Produktion: rombach digitale manufaktur, Freiburg

Alle Rechte vorbehalten. Rechteerwerb und Vermarktung: Content@faz.de

© 2015 F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main

Titelfoto: © F.A.Z.-Foto / Barbara Klemm.

ISBN: 978-3-89843-412-6

Inhalt

Vorwort	9
Nicht vergessen – Von Reinhard Müller	10
Am Ende einer Epoche: Der Umbruch im Osten und die Folgen	13
Ein wunderbarer Bösewicht – Von Berthold Kohler	14
Traum und Wirklichkeit – Von Horst Teltchik	18
Volle Souveränität: Die außenpolitischen Weichenstellungen	30
Volle Souveränität? – Von Reinhard Müller	31
Grenzfragen – Von Reinhard Müller	35
Preis und Prestige – Von Rainer Blasius	41
Dokument: »Am 9. November bin ich für vier Tage in Polen«	47
Das Ja zur deutschen Selbstbestimmung – Von Rainer Blasius	64
Weder Sieger noch Besiegte – Von Rainer Blasius	71
Wie Deutschland seine Souveränität zurück erlangte – Von Claus Gennrich	77
Schlusspunkt und Anfang – Von Günther Nonnenmacher	85

Dokument: Der Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland	89
---	----

Just mention the war: Deutschland und Europa 102

Der Minister empfing im Pyjama – Von Gina Thomas	103
Dilemma und Strategie – Von Professor Dr. Andreas Rödder	109
Soooo deutsch – Von Johannes Leithäuser	124
»Wir können Deutschland schließlich nicht den Krieg erklären, um seine Wiedervereinigung zu verhindern« – Von Thankmar von Münchhausen	128

**»Kommt die D-Mark, bleiben wir...«: Der Weg zur Wirt-
schafts- und Währungsunion 135**

Gedruckte Freiheit – Von Manfred Schäfers	136
Guten Morgen, Euro – Von Jürgen Jeske	142
Ein politischer Umtausch – Von Frank Pergande	146
Mit der D-Mark kam auch Farbe in die ostdeutschen Städte – Von Bernd Weiler	151
Zwei Währungsunionen – derselbe Fehler – Von Holger Steltzner	156

Das Fundament der Einheit: Der Einigungsvertrag	161
Koalition und Opposition streiten heftig über die Innenpolitik – Von Günter Bannas und Karl Feldmeyer	162
Krause: DDR kann erhobenen Hauptes beitreten – Von Peter Jochen Winters und Kerstin Schwenn	170
Der DDR-Verkauf: Die Treuhandanstalt	178
Schwarzer Ostermontag – Von Kerstin Schwenn	179
Ruin – lieber mit als ohne Einheit – Von Professor Dr. Richard Schröder	183
Der Anfang nach dem Ende – Von Kerstin Schwenn	198
Ein schwieriger Übergang bei den »Medien« in Ostdeutschland – Von Friedrich Karl Fromme	202
Eines Rechtsstaats unwürdig: Der Umgang mit der »Bodenreform«	209
Enteignet, vertrieben und betrogen – Von Philip Plickert	210
Hüter der Erinnerung – Von Philip Plickert	219
Rechtlich entschieden – Von Reinhard Müller	228
Eine Bodenreform, die keine war – Von Friedrich Karl Fromme	233

Die Exzesse der DDR: Der Spitzel- und Unrechtsstaat	240
Das Recht der Diktatur – Von Frank Pergande	241
Biermanns Ermutigung – Von Jasper von Altenbockum	245
Die Exzesse der DDR – Von Reinhard Müller	247
Rechtsstaat oder Unrechtsstaat? – Von Ernst-Wolfgang Böckenförde	252
Selbst nach DDR-Recht verboten – Von Reinhard Müller	257
Tod durch den Schießbefehl – Von Frank Pergande	261
Krake Stasi – Von Reinhard Müller	264
Sonderzone Ost: Nicht alles will zusammenwachsen	268
Deutschland den Deutschen – Von Dr. Jochen Stadt	269
Ein Mann setzt auf Rot – Von Matthias Wyssuwa	282
Demokratieverdruss – Von Professor Dr. Klaus Schroeder	294
Ost-westdeutsche Liebesbeziehungen – Von Mechthild Küpper	306
Das Erbe des SED-Staates – Von Professor Dr. Klaus Schroeder	310
Sonderzone Ost – Von Reinhard Müller	323
Das Ende der »Mauer in den Köpfen« – Von Dr. Thomas Petersen	330

Zonensucht und Revolutionsallergie – Von Regina Mönch	338
Vor Pauschalurteilen wird gewarnt – Von Claus Peter Müller	342
Grenzen im Kopf – Von Eduard Beaucamp	348
Kein glückliches Land – Von Reinhard Müller	352

Bleibende Eindrücke: Momentenaufnahmen der Einheit **356**

Der Arbeiter- und Ironikerstaat – Von Mark Siemons	357
Komm und schau – Von Patrick Bahners	363
Mit der DDR verschwindet auch die vom Stacheldraht beschirmte Verträumtheit – Von Johannes Leithäuser	369
Was die anderen Deutschen mitbringen – Von Friedrich Karl Fromme	373
Eine Viertelstunde Warten auf den sowjetischen Stadtkom- mandanten – Von Peter Jochen Winters	377
Strickmoden-Gipfel im Kaukasus – Von Rainer Blasius	384
Der Absturz des Ost-Fußballs ohne Handreichung des DFB – Von Michael Reinsch	390

Perspektiven: Das wiedervereinigte Deutschland in der Welt **399**

Deutsche Sorgen – Von Jürgen Kaube	400
------------------------------------	-----

Doch irgendwann fällt ein Ball herunter – Von Günter Nonnenmacher	405
Diese Deutschen! – Von Klaus-Dieter Frankenberger	412
Lesetipps	416
Wichtige Lektüre zum Wiedervereinigungsprozess. Auszüge aus F.A.Z.-Rezensionen	417
Chroniken	434
Chronik der deutschen Einheit – Von Jürgen Scheipers	435
Chronologie der Treuhandanstalt (1990 bis 1994)	441
Der Herausgeber dieses eBooks	446
Dr. Reinhard Müller	447



Vorwort



Nicht vergessen

Von Reinhard Müller

Die Wiedervereinigung war wie ein Wunder. Doch das ist angesichts der aktuellen Probleme Deutschlands schon fast vergessen. Flüchtlingsströme, der Krieg in Syrien und in der Ukraine, die Euro-Krise haben die Erinnerung an die deutsche Teilung und die Wiedererlangung der staatlichen Einheit in den Hintergrund treten lassen. Dabei war der Fall der Mauer alles andere als vorhersehbar – auch wenn nicht vergessen werden sollte, dass einige wenige dieses Ziel nie aus den Augen verloren hatten. Die Organisation der staatlichen Einheit auf internationaler und nationaler Ebene in kurzer Zeit bleibt eine diplomatische und verwaltungstechnische Meisterleistung, die in der Geschichte ihresgleichen sucht.

Doch klar ist auch, dass die widernatürliche Trennung des Landes und die vierzigjährige SED-Herrschaft tiefe Spuren hinterlassen haben, die heute noch zu sehen sind. Ohne Zweifel gibt es die versprochenen blühenden Landschaften. Manches blüht mittlerweile im Osten mehr als im Westen. Doch hinter den sanierten Fassaden leben Menschen mit Wunden, die mit Zahlen und Statistiken kaum zu erfassen sind. So ändert ein recht hoher Lebensstandard nichts daran, dass der dauerhafte Verlust eines Arbeitsplatzes

eben ein Verlust auch eines sozialen Status ist, auch wenn es sich rein objektiv betrachtet lediglich um eine Beschäftigungsstelle im grauen DDR-Apparat handelte. Das heißt aber noch lange nicht, das das gesamte private Leben in der DDR grau war – die Bewohner der alten mitteldeutschen Länder wollen sich jedenfalls nicht von Westdeutschen sagen lassen, wie es damals war. Manche Erbitterung in der leicht künstlichen Debatte, ob die DDR ein Unrechtsstaats war, hat hier ihren Grund. Dass sie kein Rechtsstaat war, sollte freilich jedem klar sein.

Nach der ebenso schwierigen wie zügig ausgehandelten deutschen Einheit, die nur mit Zustimmung der alten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs möglich war, ist Deutschland rechtlich geeint und souverän. Und doch bleiben offene Fragen – von Resten des Besatzungsrechts bis zu den Folgen der Bodenreform, deren Nachwirkungen bis heute einen wahren Wiederaufbau im Osten verhindern.

Heute ist das gesamte Deutschland Teil einer Europäischen Union, die nach Jahrzehnten des Erfolgs in einer Legitimitätskrise steckt. Die Abschaffung der D-Mark war ein Preis für die Wiedervereinigung. Voraussetzung für die gemeinsame europäische Währung ist gewesen, dass sie stabil sein sollte wie die Mark. Die Euro-Krise fordert heute die Union heraus, wie auch der Strom der Flüchtlinge zu gemeinsamen Handeln zwingt – ohne die nationalen Grundwerte aufzugeben. Diejenigen, die heute zu uns kommen, sind jedenfalls andere als die aus Ostpreußen vor 70 und aus Sachsen vor 25 Jahren. Damals wurden Mauern eingerissen, heute werden neue gebaut – und zugleich wird geholfen. Die Erinnerung an die mit

Glück und Geschick gelungene Wiedervereinigung kann auch bei der Bewältigung künftiger Krisen helfen.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wollte von ihrer ersten Ausgabe im Jahr 1949 an, »Stimme Deutschlands in der Welt« sein, gegen Chauvinismus, aber auch gegen nationale Unfreiheit – und vor allem für die Freiheit. Dass ihr das auch bei der journalistischen Begleitung der deutschen Einheit, die der F.A.Z stets ein Anliegen war, eindrucksvoll gelungen ist, davon zeugt dieses Buch.



Am Ende einer Epoche: Der Umbruch im Osten und die Folgen



Ein wunderbarer Bösewicht

Bei der Fußball-Weltmeisterschaft im eigenen Lande 2006 ist Deutschland nur Dritter geworden. Dennoch sprach man überall vom »Sommermärchen«. Die Deutschen hatten sich ganz in Schwarz-Rot-Gold gehüllt, überfielen aber dennoch kein Nachbarland. Die Welt war erstaunt: Wie friedlich und verträglich diese Deutschen doch sind!

Von Berthold Kohler

Und wie fröhlich! Darüber freuten wir Deutsche uns dann wieder, als wären wir Weltmeister geworden. Die Welt mochte uns, und das machte uns glücklich. »Der Deutsche« will nämlich gar nicht hässlich sein. Er will geliebt werden.

Mancher aber kommt mit dem hässlichen Deutschen viel besser zurecht als mit dem geliebten, das geht Deutschen und Nichtdeutschen so. Denn für den hässlichen Deutschen gilt der alte Persilspruch: Da weiß man, was man hat. Man kennt sie ja, diese Germanen in Sandalen und weißen Socken, die selbst noch Sonnenliegen am Pool besetzen müssen, weil ihnen ihr teutonischer Drang

befiehlt, überall für Ordnung zu sorgen. Früher betrieben sie ihre Ordnungspolitik mit dem Panzer, heute tun sie es mit Handtüchern. Und natürlich mit dem Euro, der Fortsetzung der D-Mark mit anderen Zinssätzen. Und dem Stabilitätspakt. Und dem gusseisernen Rollstuhl von Wolfgang Schäuble.

Dass andere Nationen den alten Klischees frönen, ist leicht zu verstehen. Deutschland ist ein wunderbarer Bösewicht. Er gesteht sofort, wenn man ihn an seine kriminelle Vergangenheit erinnert. Und verfällt in reuiges Verständnis. Muss man nicht immer noch Nachsicht mit den Russen haben? Und mit den Griechen? Sind wir nicht allen noch etwas schuldig, die einmal unter deutscher Herrschaft gelitten hatten? Dass auch Staaten und Nationen im Falle von Kontroversen den Hebel immer dort ansetzen, wo er die größte Wirkung verspricht, ist keine Überraschung. Doch warum wird auch in Deutschland selbst davon fabuliert, dass sich der deutsche Dr. Jekyll nach ein paar Jahrzehnten der mühsamen Selbstbeherrschung wieder in einen Mr. Hegemon verwandeln könne?

Die Nation in der Mitte des europäischen Kontinents hat in mancher Hinsicht noch immer nicht zur eigenen Mitte gefunden. Ihre Debatten sind marmoriert mit Selbstmisstrauen, ob es um Auslandseinsätze oder den Euro geht. Wie kompliziert ist auch alles geworden! Viele waren ganz zufrieden gewesen mit der deutschen Teilung, die mancher als gerechte Strafe und ewige Mahnung für die vorausgegangenen Verbrechen betrachtete. Und war es nicht gemütlich im Windschatten der Mauer? Selbst im Osten fand man seine Nischen. Das unsouveräne Westdeutschland konnte sich weitgehend ungestört von der schmutzigen Weltpolitik seinen Steckenpferden

widmen: dem Geschäft und der Weltverbesserung, Letzterer natürlich nur in der Theorie.

Seit der Wiedervereinigung stellen sich den Deutschen aber all die Fragen, denen sie sich als geteilte Nation unter Kuratel nicht stellen brauchten: Wer sind wir (wenn wir nicht länger vor allem diejenigen sind, die einen verbrecherischen Krieg verloren haben)? Was wollen wir (wenn wir das selbst entscheiden können)? Was müssen wir dafür tun (wenn uns das andere nicht länger abnehmen)?

Das Projekt Europa gab den Deutschen über viele Jahre hinweg Antworten auf diese Fragen. Es verschaffte ihnen eine Ersatzidentität. Es schuf ihnen einen Raum, in dem sich ihre Wirtschaftskraft austoben konnte. Und immer stand das europäische Einigungsprojekt für den nur zu verständlichen Traum der Deutschen vom ewigen Frieden.

Den haben auch die anderen Europäer mitgeträumt. Doch je weiter die Integration voranschritt, desto drängender stellte sich die Frage, nach wessen Bilde das vereinte Europa denn geschaffen werden solle: nach dem der Deutschen, der Engländer, der Franzosen, der Griechen? Der Euro hat sich nicht als ein Zauberstab erwiesen, der die mitunter höchst unterschiedlichen Vorstellungen vom Wesen und der Gestalt eines vereinten Europas unter einen Zylinder bringen kann. Um den weiteren Weg muss, wie übrigens bisher schon, gerungen werden. Dass dies in Verhandlungsnächten und nicht mehr auf Schlachtfeldern geschieht, ist eine derart große Errungenschaft, dass sie aus der Nähe oft nicht mehr erkannt wird.

Deutschland verschrieb sich aus guten Gründen so nachhaltig der Einigungs-idee, dass es zum Zentrum des politischen Europas

geworden ist – nicht zu seinem Diktator. Keine andere Nation hat, was solche Anwandlungen angeht, Läuterungsprozesse wie die deutsche hinter sich. Nun aber, fünfundzwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung und konfrontiert mit ganz grundsätzlichen Fragen, muss Deutschland endlich wissen, was es in Europa sein will: Führungsmacht? Mitläufer? Insolvenzverwalter? Sozialamt? Kein Wunder, dass da mancher mit Wehmut an die alte Rolle des Bösewichts denkt, die uns vertraut war wie keine zweite. Aber seien wir ehrlich: Richtig überzeugt haben wir als Schurke schon lange nicht mehr.

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 26.07.2015



Traum und Wirklichkeit

Als »Zeit der Wunder« hat Richard Schröder die Jahre 1989 und 1990 bezeichnet. Nach der ersten freien Wahl in der DDR war der evangelische Theologe im Frühjahr 1990 zum Fraktionsvorsitzenden der SPD in der Volkskammer gewählt worden.

Von Horst Teltschik

Führt man sich die Ereignisse von damals noch einmal vor Augen, dann ist offensichtlich, wie recht Schröder hat: Deutschland hat sich verändert; Europa hat sich verändert; die Welt hat sich verändert. Das war keine »Wende«, wie Egon Krenz meinte. Das war eine Revolution, eine friedliche Revolution. Nach dem Fall der Mauer wurde Deutschland innerhalb von 329 Tagen vereinigt, ohne dass ein Schuss fiel. Alle Nachbarstaaten und Partner gaben ihre Zustimmung. Deutschland erhielt 45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs seine volle Souveränität zurück. Und auch nach der Vereinigung blieb das Land eingebettet in die Europäische Gemeinschaft und in die Atlantische Allianz.

Der Warschauer Pakt löste sich friedlich und fast lautlos auf; 500 000 sowjetische Soldaten zogen aus Mitteleuropa ab, allein

370 000 aus der ehemaligen DDR. In Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle konnten Ergebnisse erzielt werden wie nie zuvor in der Geschichte: Die strategischen Nuklearwaffen wurden reduziert (Start I), die Mittelstreckenraketen, gegen die Anfang der achtziger Jahre noch Hunderttausende auf der Straße demonstriert hatten, völlig abgebaut (INF). Es gelang, die Zahl der konventionellen Waffen in Europa zu begrenzen (CFE) und biologische wie chemische Waffen zu verbieten.

Der Ost-West-Konflikt, der sich vier Jahrzehnte wie ein bleibender Schatten über die ganze Welt gelegt hatte, war beendet, die Spaltung Europas überwunden. Die Sowjetunion löste sich 1991 weitgehend friedlich in 15 souveräne Staaten auf. Damit fand auch die bipolare Weltordnung ein Ende, in der sich die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion mit ihren jeweiligen Bündnissen bedrohlich und unversöhnlich gegenüberstanden hatten. Noch nie gab es auf der Welt so viel Demokratie und Marktwirtschaft wie heute. Es war Präsident George Bush der Ältere, der deshalb 1991 von einer neuen Weltordnung sprach.

Bundeskanzler Helmut Kohl bemühte sich darum, die Beziehungen mit der Sowjetunion und später mit Russland neu zu gestalten. Ohne Präsident Michail Gorbatschow wäre die deutsche Einheit nicht möglich gewesen. Die Gemeinsame Erklärung vom Juni 1989 und vor allem der »Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit« zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion vom November 1990 verfolgten das Ziel einer dauerhaften friedlichen und freundschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Ebenen. In den Jahren 1989 und 1990 schloss die Bundesregie-

rung insgesamt 29 Verträge und Abkommen mit der Sowjetunion. Kohl wollte Russland so eng wie möglich an Europa binden, um den Frieden dauerhaft zu sichern.

Gleichzeitig gestaltete Kohl das Verhältnis zu den mitteleuropäischen Nachbarstaaten neu, insbesondere zu Polen. Schon im November 1989 hatte er in Warschau mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki eine Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der bilateralen Beziehungen unterzeichnet. Diese Erklärung enthielt bereits eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in der Form, in der sie von allen seinen Vorgängern seit Willy Brandt ausgesprochen worden war. Die endgültige völkerrechtliche Anerkennung der Grenze konnte erst nach der Vereinigung Deutschlands im Deutsch-Polnischen Grenzvertrag und im »Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit« erfolgen. Kohl hatte die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in ihrer heutigen Form aber nie in Zweifel gezogen. Für ihn waren gute Beziehungen zu Polen von ähnlicher Bedeutung wie die Freundschaft und Zusammenarbeit mit Frankreich.

Zu einem Höhepunkt der Neugestaltung Deutschlands und Europas wurde im November 1990 das Gipfeltreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Paris. Dort unterzeichneten die 35 Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten die »Charta für ein neues Europa«. Die KSZE sollte für ein »neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit« Mechanismen entwickeln, um künftige Konfrontationen zu vermeiden, Krisen zu beherrschen und Konflikte friedlich zu beenden. Welch eine Vision! Welch ein Traum! Und sollte ein

gemeinsames freies und demokratisches Europa von Vancouver bis Wladiwostok nicht unser Traum sein?

Wer sich diese Bilanz vor Augen führt, der kann nur von einem »Wunder« sprechen. Wir haben in der Tat eine friedliche Revolution erlebt. Viele Menschen in Polen, in Ungarn, in der DDR haben sie entfacht und vorangetrieben. Mutige Politiker wie Helmut Kohl, George Bush, Michail Gorbatschow, aber auch François Mitterrand und am Ende sogar Margaret Thatcher – und nicht zu vergessen die Außenminister Hans-Dietrich Genscher, James Baker, Eduard Schevardnadse, Roland Dumas, Douglas Hurd und der damalige Präsident der Europäischen Kommission Jacques Delors – haben sie gestaltet. Welch ein Kapital, das uns die Geschichte am Ende eines blutigen Jahrhunderts übergeben hat! Haben wir dieses Kapital genutzt? Sind alle Chancen ergriffen worden, die sich damals eröffnet haben?

Aus den Ereignissen vor zwanzig Jahren sind vor allem zwei Lehren zu ziehen: Helmut Kohl ließ sich stets von dem Grundsatz leiten, dass die deutsche und die europäische Einheit zwei Seiten einer Medaille seien. Das sollte sich 1989 zeigen, als Präsident Mitterrand anfänglich noch zögerte, den Bundeskanzler auf dem Weg der Vereinigung Deutschlands zu unterstützen. Das kam etwas überraschend, denn Mitterrand hatte wenige Tage vor dem Fall der Mauer bei deutsch-französischen Konsultationen in Bonn auf Wunsch des Bundeskanzler die französische Haltung zur deutschen Frage sehr freundschaftlich erläutert. Nach dem Fall der Mauer bedankte sich Kohl am 11. November in einem Telefonat mit Mitterrand noch einmal ausdrücklich dafür. Das sei ein guter Rat gewesen. Jetzt kenne er die französische Position.

Mitterrands Zögern lag vor allem in der Sorge begründet, dass ein geeintes, größeres Deutschland die enge und freundschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich und den Prozess der europäischen Einigung vernachlässigen, wenn nicht sogar aufkündigen und Frankreich somit an Gewicht und Einfluss verlieren könnte. Daraus den Schluss zu ziehen, Mitterrand habe die Währungsunion und die Einführung des Euros zur Bedingung für die deutsche Einheit gemacht, entspricht jedoch nicht den Tatsachen.

Schon Mitte der achtziger Jahre hatten Gespräche über eine Währungsunion begonnen. Die französischen Partner machten vor allem auf die Jahr für Jahr hohen Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands gegenüber Frankreich geltend. Bundesfinanzminister Stoltenberg bestand jedoch darauf, dass als erster Schritt eine Wirtschaftsunion zu schaffen sei und erst dann eine Währungsunion folgen könne. Außenminister Genscher hingegen versandte im Februar 1988 ein Memorandum an alle Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG), in dem er einen gemeinsamen Währungsraum mit einer europäischen Zentralbank forderte. Schließlich einigten sich die Mitgliedstaaten im Juni 1988 auf einem Gipfeltreffen in Hannover darauf, unter dem Vorsitz von Kommissionspräsident Delors eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung einer Wirtschafts- und Währungsunion zu bilden. Der Bericht dieser Arbeitsgruppe wurde im Juni 1989 – also ein halbes Jahr vor dem Fall der Mauer in Berlin – auf dem EG-Gipfeltreffen in Madrid als »gute Grundlage« angenommen.

Bundeskanzler Kohl hatte das Ziel einer Wirtschafts- und Währungsunion von Anbeginn unterstützt. Er sah darin eine Chance,

die europäische Integration, wie er sagte, »irreversibel« zu machen. Kohl ging noch einen Schritt weiter, denn er nahm die Besorgnisse Mitterrands sehr ernst. Deshalb schlug er dem französischen Präsidenten im Dezember 1989 in einem Brief vor, eine weiter gehende gemeinsame Initiative zu ergreifen. Deren Ziel sollte es sein, die EG zu einer politischen Union zu entwickeln. Mitterrand griff den Vorschlag sofort auf. Schon der EG-Gipfel im April 1990 billigte den deutsch-französischen Vorschlag. Deshalb kann zu Recht gesagt werden, die Vereinigung Deutschlands habe auch die europäische Einigung vorangetrieben und beschleunigt.

In den neunziger Jahren mussten in der Europäischen Union – wie sie seit den 1992 in Kraft getretenen Verträgen von Maastricht heißt – zwei Prozesse gleichzeitig gestaltet werden: die Vertiefung der Integration und die Erweiterung auf inzwischen 27 Mitgliedstaaten. Weitere Etappen der Vertiefung wurden in den Verträgen von Amsterdam (1997), von Nizza (2001) und von Lissabon (2007) festgeschrieben, um angesichts der Vielzahl neuer Mitgliedstaaten die Institutionen zu stärken und die Entscheidungsprozesse zu verbessern. Auch die Einführung des Euros – 1999 als Buchgeld und 2002 als Bargeld – sollte nicht vergessen werden.

Heute wird oft die Frage gestellt, ob es nicht klüger gewesen wäre, die EU zunächst zu vertiefen und erst dann zu erweitern. Doch diese Alternative gab es nicht. Die Vereinigung Europas durch eine Erweiterung der EU war eine historische Chance, die nicht versäumt werden durfte. Dennoch führte die Notwendigkeit, Institutionen und Entscheidungsprozesse an die neuen Verhältnisse anzupassen, in der Union immer wieder zu Krisen. Das wird auch in Zukunft so sein.

Aber jede Krise hat bisher zu Fortschritten auf dem Weg der Integration geführt. Krisen bleiben ein Motor der EU.

Auf zwei Schlüsselfragen gibt es noch keine Antworten: Wie groß soll und kann die EU werden? Und was soll das Ziel der Integration sein? Die meisten Politiker weichen solchen Fragen heute aus. Sie wollen die Antwort der zukünftigen Entwicklung überlassen. Die einen wollen nicht mehr als eine gemeinsame Freihandelszone. Andere sind für ein »Europa der Nationen«, was immer damit gemeint sein mag. Mitterrand hat einst von einer Konföderation, Delors von einer Föderation gesprochen. Und die CDU ist in ihren Parteiprogrammen bis 1994 für »Vereinigte Staaten von Europa« eingetreten.

Kein Wunder, dass die Bürger unsicher geworden sind und die europäische Integration zunehmend kritisch sehen. Die höchsten Repräsentanten der Mitgliedstaaten sollten sich daher mehr Gedanken über die Ziele der EU machen und darüber auch eine Verständigung herbeiführen: Soll die Integration weiter vertieft oder das Erreichte nur konsolidiert werden? Sollen jene Mitgliedstaaten, die eine föderative Union wollen, weiter vorangehen dürfen, wenn ein solcher Zusammenschluss offen bleibt für andere, die sich zu einem späteren Zeitpunkt anschließen möchten? Sollen wir also ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten ermöglichen, wie es mit der Einführung des Euros oder beim Schengen-Abkommen schon praktiziert worden ist?

Trotz dieser ungeklärten Fragen ist die europäische Einigung eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Die EU trägt entscheidend dazu bei, auf dem Kontinent politische Stabilität, Frieden, Freiheit, Wohl-

stand und Sicherheit zu schaffen. Für viele Regionen in der Welt ist sie deshalb zu einem Vorbild geworden. Daran sollten wir die Bürger immer wieder erinnern.

Noch eine andere große Sorge bewegte die westlichen Partner Deutschlands in den Jahren 1989 und 1990: Wird das geeinte und größere Deutschland Mitglied der Nato bleiben oder künftig in der Außenpolitik eine ungebundene oder gar neutrale Position einnehmen? Im letzteren Fall hätte es die Zustimmung und Unterstützung aller verloren, vor allem die der Vereinigten Staaten. Doch die Entscheidung für die Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands in der Nato stand für Helmut Kohl nie in Frage. Denn die Partnerschaft zwischen den europäischen und nordamerikanischen Demokratien, geprägt von Verantwortung und der Verpflichtung auf gemeinsame Werte, vermehrt auch das Gewicht unseres Landes in der Welt. Welche Alternative hätten die Deutschen denn? Auch auf dem Weg zur deutschen Einheit waren die Vereinigten Staaten mit Präsident Bush der wichtigste Partner.

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und in der Atlantischen Allianz gehört daher zur Staatsräson Deutschlands. Das war die Voraussetzung für die Vereinigung. Außerdem sollte eines nicht vergessen werden: Das geeinte Deutschland im Herzen Europas ist für unsere Nachbarn nur erträglich, wenn wir Partner und Verbündete in der EU und in der Nato bleiben. Deshalb braucht Deutschland die Nato-Mitgliedschaft auch für sich selbst.

Inzwischen wurde die Atlantische Allianz auf 28 Mitgliedstaaten erweitert. Weitere Kandidaten stehen vor der Tür. Dieser Prozess hat schwierige Konflikte mit Russland mit sich gebracht.

Bei der Aufnahme der drei baltischen Staaten, die ja ehemalige Sowjetrepubliken waren, konnten die Spannungen durch die Gründung des Nato-Russland-Rates aufgefangen werden. Im Streit über den Beitritt der Ukraine und Georgiens spitzten sich die Auseinandersetzungen jedoch zu; im Falle Georgiens endeten sie sogar in einem heißen Fünftagekrieg. Durch die Entscheidung Präsident Bushs des Jüngeren, in Polen und in der Tschechischen Republik Elemente eines amerikanischen Raketenabwehrsystems zu stationieren, wurden die Beziehungen zu Russland weiter belastet. Russland sieht sich in seiner Sicherheit bedroht; und es wäre ein schwerer Fehler, nähme der Westen das russische Sicherheitsbedürfnis nicht ernst.

Wie sich die Beziehungen mit Russland künftig entwickeln, ist für Deutschland, die Nato und die EU von vorrangigem Interesse. Die EU spricht von einer »strategischen Partnerschaft«, Außenminister Steinmeier erfand die »Modernisierungspartnerschaft«, und Bundeskanzlerin Merkel benutzt den Begriff »Innovationspartnerschaft«. Doch das sind bisher weitgehend inhaltslose Formeln geblieben. Die EU verhandelt gegenwärtig mit Russland über einen neuen Vertrag über Partnerschaft und Zusammenarbeit, denn das noch geltende Abkommen blieb weitgehend blutleer. Eine gemeinsame Strategie ist wegen zu unterschiedlicher Auffassungen der Mitgliedstaaten bisher nicht zu erkennen.

Wäre es nicht sinnvoll, ein besonderes Vertragsverhältnis zwischen der Europäischen Union und Russland anzustreben? Man könnte zum Beispiel mit einer gemeinsamen gesamteuropäischen Freihandelszone beginnen. Der ehemalige EU-Kommissi-

onspräsident Romano Prodi hatte diesen Plan Präsident Putin schon einmal vorgeschlagen, die Idee dann aber nicht weiterverfolgt. Wenn Deutschland und die Staaten in Nord- und Mitteleuropa bei der Gestaltung der Beziehungen mit Russland nicht die intellektuelle Führung übernehmen, wird es niemand tun. Frankreich, Großbritannien oder Spanien sind an Russland nicht sonderlich interessiert, und Italien hat nur wirtschaftliche Interessen.

Russland versteht sich selbst als Teil Europas. Wie also könnte es in die vorhandenen Strukturen eingebunden werden? Der amerikanische Präsident Clinton hatte Präsident Jelzin schon schriftlich und mündlich eine Mitgliedschaft in der Nato angeboten. Für Jelzin kam dieses Angebot zu früh, und inzwischen gibt es den Nato-Russland-Rat. Bundeskanzlerin Merkel hat mehrfach vorgeschlagen, die Beziehungen zwischen der Nato und Russland weiterzuentwickeln, bisher aber offengelassen, wie das geschehen soll. Mittelfristig könnte eine Mitgliedschaft das Ziel sein.

Wenn Russland jedoch nicht stärker in die vorhandenen europäischen Strukturen eingebunden werden soll, muss über Alternativen nachgedacht werden. Von den Vereinigten Staaten sind Initiativen dazu gegenwärtig kaum zu erwarten. Präsident Obama sieht sich gewaltigen innenpolitischen Problemen gegenüber, und in der Außenpolitik stehen nicht die EU oder Russland im Mittelpunkt des Interesses, sondern Afghanistan, Pakistan, Iran, der Nahe und Mittlere Osten und vor allem China. Vizepräsident Biden scheute sich unlängst nicht, Russland als »schwach« zu bezeichnen. Also müssen sich die europäischen Staaten um ihre Interessen in Europa, und zwar in Gesamteuropa, selbst kümmern.

Was ist eigentlich aus der »Pariser Charta für ein neues Europa« und dem KSZE-Prozess geworden? Am 1. Januar 1995 entstand aus der »Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« die OSZE, eine Organisation mit gemeinsamen Gremien und Organen der 56 Teilnehmerstaaten. Sie sollte zu einer regionalen Organisation werden, wie die UN-Charta es vorsieht, ein System kollektiver Sicherheit in Europa entwickeln und im Auftrag der UN auch in Konfliktfällen eingreifen. Heute hat die OSZE einen jährlich tagenden Außenministerrat, einen Außenminister als ständig wechselnden Generalsekretär, ein Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, einen Hohen Kommissar für nationale Minderheiten, einen Beauftragten für die Freiheit der Medien und anderes mehr. Damit liegt der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf den Menschenrechten. Daher ist die OSZE aus der Sicht Russlands in erster Linie ein Instrument der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedstaaten geworden. Diese Klagen mag man missachten. Dennoch gibt es Anlass zur Besorgnis, dass Europa dem eigentlichen Ziel einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung nicht näher gekommen ist.

So überrascht es nicht, dass der russische Präsident Medwedjew im Juni 2008 in Berlin eine »Europäische Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok« vorschlug. Seither hat Russland einige bewusst vage bleibende Grundsätze für einen entsprechenden Vertrag genannt. Auf diese Weise wollte die russische Führung verhindern, dass ihre Initiative vom Westen sofort »vom Tisch geschleudert« würde, wie ein russischer Politiker sagte. In der Tat reagierten die westlichen Regierungen lange überhaupt nicht oder nur zögerlich. Immerhin haben Präsident Obama und Präsident Medwedjew inzwi-

schen eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu diesem Thema eingerichtet. Doch die Europäer warten ab und bringen sich damit in die Lage, vielleicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Anstatt auf eine weitere Konkretisierung der Vorschläge aus Moskau zu warten, wäre es klüger, in der EU oder in der Nato selbst Konzepte zu erarbeiten, wie eine solche europäische Friedens- und Sicherheitsordnung aussehen sollte. Und wer, wenn nicht Deutschland, wäre besser geeignet, dabei die Initiative zu ergreifen?

Die deutsche Außenpolitik ist bemüht, mit allen Partnern weltweit ein gutes Einvernehmen zu suchen und unterschiedliche Interessen zusammenzuführen, vor allem in der EU. Das alles ist ehrenvoll und nicht zu kritisieren, ähnelt aber nicht selten einer Außenpolitik, die sich durch »verlässliche Harmlosigkeit« auszeichnet. Jeder Stillstand enthält jedoch die Gefahr des Rückschritts: Die Chancen und Perspektiven, die sich 1989 und 1990 in Europa eröffnet hatten, scheinen fast vergessen zu sein.

In einer Entschließung des Europäischen Rates über die Ernennung Helmut Kohls zum Ehrenbürger Europas findet sich der Satz, »dass der Lauf der Geschichte durch das engagierte Wirken einzelner Menschen oft entscheidend gestaltet werden kann«. Europa wartet auf solche Persönlichkeiten. Es gab sie glücklicherweise vor zwanzig Jahren.

Horst Teltschik war als Abteilungsleiter für Außen- und Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt einer der engsten Berater Helmut Kohls. Von 1999 bis 2008 leitete er die Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.10.2010



Volle Souveränität: Die außenpolitischen Weichenstellungen